

mentlichen Diskussion nicht durchsetzen konnten. Dennoch stützt sich Ratzinger auf sie und nicht auf die inzwischen erreichte *communis opinio*. Die Gründe für diese Entscheidung teilt er dem interessierten Leser freilich nicht mit.

3. Ich stimme Ratzinger vollkommen zu, wenn er sagt, daß das Wie des Miteinanders von Altem und Neuem Testament „in der epochalen Situation der historisch-kritischen Wissenschaft in einer ganz neuen Anstrengung des Denkens (und der geistlichen Erfahrung!) erschlossen werden muß“. Doch gilt es auch hier zu beachten, was bereits Pius XII. in „*Divino afflante Spiritu*“ hinsichtlich des „geistigen Sinnes“ der biblischen Texte ausführte: „Diesen geistigen Sinn also, den Gott selbst gewollt und angeordnet hat, sollen die katholischen Exegeten mit der Sorgfalt aufhellen und darlegen, die die Würde des Wortes Gottes fordert; andere übertragene Bedeutungen dagegen als echten Sinn der Heiligen Schrift vorzutragen, mögen sie sich gewissenhaft hüten . . . denn die Gläubigen . . . wollen wissen, was Gott selbst in der Heiligen Schrift uns lehrt, nicht was ein beredter Prediger oder

Schriftsteller mit geschickter Verwendung biblischer Worte vorträgt . . .“

4. Es lag mir fern, die heutige alttestamentliche Exegese zum Maßstab für „die neutestamentliche Auslegung des Alten Testaments“ zu machen, „die gewiß nach solchen Maßstäben grundfalsch zu nennen ist und überhaupt nicht an das AT selber rührt“. Ebenso wenig konnte und wollte ich in meinem Aufsatz die Frage der Geschichtlichkeit der Exegese grundsätzlich zur Diskussion stellen oder gar neu beantworten. Nicht um diese Fragen ging es ja, sondern um das Problem, daß sich im heutigen kirchlichen Denken — selbst in der (übergangenen) neutestamentlichen Wissenschaft — kaum ein wirkliches Ernstnehmen der *gegenwärtigen* exegetischen Arbeit am AT feststellen läßt. Auch nicht in der (zugegebenermaßen sehr kritisch betrachteten) „Einführung in das Christentum“. Und eben dies schien mir sehr beunruhigend zu sein, weil auch ich davon überzeugt bin, daß nicht nur das Neue, sondern auch das Alte Testament zu den tragenden und maßgebenden Grundlagen unseres christlichen Glaubens gehört.

Meinrad Limbeck

Kurzinformationen

Der sechstägige Besuch von Erzbischof Agostino Casaroli in der DDR (9. bis 15. Juni) hat zwar in der Bundesrepublik ein vielfältiges, überwiegend kritisch-warnendes Echo ausgelöst, der Verlauf selbst gestaltete sich, soweit nach außen überhaupt sichtbar, eher undramatisch. Casaroli, der von zwei Mitarbeitern im Rat für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, von dem in Breslau geborenen Msgr. *Georg Zur* und von Msgr. *Angelo Sodano* (letzterer war bereits Ende Mai zu Vorgesprächen in Ost-Berlin) begleitet war, führte zwei Tage lang als offizieller Staatsgast Gespräche mit Vertretern der DDR-Regierung (mit Außenminister *Oskar Fischer*, mit Ministerpräsident *Horst Sindermann* und mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen *Hans Seigewasser*). Anschließend war er Gast von Kardinal *Alfred Bengsch*, in dessen Haus er auch das übliche diplomatische Essen für Außenminister Fischer gab, und machte eine Rundreise durch verschiedene Städte der DDR (Dresden, Weimar, Erfurt). Er besuchte Buchenwald, führte mehrere Gespräche mit Bischöfen und Klerikern, nahm an einer regionalen Priesterkonferenz teil und machte sich auch ein Bild von dem einzigen auf dem Boden der DDR befindlichen Priesterseminar in Erfurt. Am Vorabend vor seinem Rückflug nach Rom predigte er in deutscher Sprache in einem von ihm zelebrierten Gottesdienst in der Herz-Jesu-Kirche in Ost-Berlin. Bei dieser Gelegenheit kündigte er an, daß demnächst eine Pilgergruppe von 150 Katholiken aus Anlaß des Heiligen Jahres Rom besuchen dürfe. Dies war, von höflichen Formulierungen über den Friedenswillen

beider Seiten (tatsächlich scheint das Thema europäische Friedenskonferenz in den Gesprächen zwischen Casaroli und Fischer am ausgiebigsten behandelt worden zu sein) und von der „Nützlichkeit der Gespräche“ auch über Kirchenfragen abgesehen, die einzige konkrete Geste. Ein gemeinsames Kommuniqué gab es nicht, auch keine „vereinbarte“ Erklärung. Über die Gespräche gaben je auf ihre Weise nur die tropfenweisen Meldungen der ADN und die Erklärungen Casarolis am Schluß der Reise Auskunft. Die Feststellung von Fischer bei einem zu Ehren Casarolis gegebenen Essen, die strikte Achtung der Souveränität eines Staates mit all den daraus sich ergebenden Konsequenzen sei oberstes Gebot, bei Anerkennung dieser Realitäten „wären im beiderseitigen Interesse und im gegenseitigen Einvernehmen Regelungen der anstehenden Fragen möglich“, machte deutlich, worum es der DDR auf kirchlichem Gebiet gegenwärtig in erster Linie geht: um die Verselbständigung der Berliner Ordinarienkonferenz und um die Errichtung selbständiger Diözesen in den von Administratoren verwalteten Gebieten, die gebietsrechtlich noch zu Bistümern in der Bundesrepublik gehören. Daß man darüber erst verhandeln will, wenn die DDR zu einer erkennbaren Respektierung religiöser Grundrechte, wie sie im Hirtenbrief der Bischöfe der DDR vom 17. November 1974 (vgl. HK, Januar 1975, 23—25) gefordert werden, ist wohl nicht nur der Wunsch der beteiligten Episkopate. Daß dies auch die Verhandlungsstrategie des Vatikans ist, muß angenommen werden, wenngleich die Feststellung Casarolis nach der Rückkehr aus

der DDR, die Rechte der Religionsgemeinschaften seien zwar nicht explizit in der Verfassung enthalten, würden aber „in der Praxis“ doch gelten (vgl. KNA, 16. 6. 75), auch andere Perspektiven vermuten ließe. Beide Seiten haben sich auf die Fortsetzung der Gespräche geeinigt. Daß diese in absehbarer Zeit in Verhandlungen übergehen, ist anzunehmen.

Der Zweite „Gemeindetag unter dem Wort“, den der schwäbische Pietismus gemeinsam mit den sog. „Bekennnisbewegungen“ am 29. Mai 1975 im Stuttgarter Neckarstadion abhielt, war weder eine Demonstration gegen Fronleichnam — denn die Gemeinschaftskreise treffen sich alljährlich am Fronleichnamstag zur „Hofackerkonferenz“ — noch ein Protest gegen den 16. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der 14 Tage später in Frankfurt am Main stattfand (vgl. ds. Heft, S. 360) und dessen Termin nicht bekannt war, als der Gemeindetag mit dem Thema „Wer Jesus hat, hat das Leben“ geplant wurde. In großer Selbstverständlichkeit, die von manchen Beobachtern als Überheblichkeit ausgelegt wird, wohl auch gestärkt durch die Weltkonferenz der Evangelikalen in Lausanne (HK, Juli 1974, 395 und September 1974, 451), wurden die Konfrontationen des Ersten Gemeindetages von Dortmund 1973 nicht thematisiert. Doch ein Kommentar im „Informationsdienst der Evangelischen Allianz“ betonte, man dürfe aus dem Schweigen keine falschen Schlüsse ziehen. Die Kritik am innerkirchlichen Pluralismus, an der Verwissenschaftlichung einer modernistischen Theologie und am sozialrevolutionären Kurs des ÖRK sei nicht aufgegeben. Man habe keinen „Antikirchentag“ begehen, sondern eine Alternative des missionarischen Glaubens bieten wollen (epd, 4. 6. 75). Zentralthema war die „Mission“ und kirchliche Diakonie. Ähnlich wie in Frankfurt wurde das irritierte Zeitbewußtsein angesprochen: „Christen brauchen Gemeinschaft“ erklärte Pfarrer Rolf Scheffbuch, der in Lausanne Vorbehalte gegen die „Lausanner Verpflichtung“ gemacht hatte. „Christen brauchen Glaubensstärkung und mehr Glaubenserfahrung“, Gewißheit statt Zweifel und „kritisches Bewußtsein“ (z. B. in der Exegese). Die ca. 40 000 Besucher des Gemeindetages waren mit diesem Programm zufrieden und fühlten sich stark als „ergänzende Korrektur“ zum Kirchentag. Der Dritte Gemeindetag unter dem Wort ist für 1977 vorgesehen. Auffallend war, daß im Neckarstadion die Jugend keine geringere Rolle spielte als in Frankfurt. Der Württembergische Landesbischof Helmut Claß, zugleich Vorsitzender des Rates der EKD, bildete auf beiden Veranstaltungen klug die friedfertige personale Klammer.

Am 19. Juni nahmen die Bischöfe Portugals zu den innenpolitischen Vorgängen des Landes Stellung. Noch vor den Wahlen vom 25. April hatten sie sich auf einen Aufruf, demokratisch zu wählen und keine weißen Stimmzettel abzugeben, wie es die Bewegung der Streitkräfte (MFA) eine Zeitlang propagiert hatte, beschränkt. Unter dem Titel „Zur politischen Lage“ sprachen die Bischöfe jetzt zum erstenmal gemeinsam massive Warnungen aus. Sie gaben sich besorgt wegen neuerlicher Gefahr des Verlustes an Freiheit: die Bischöfe melden „ernste Vorbehalte“ an gegenüber dem revolutionären Prozeß, wie er sich seit einiger Zeit entwickle. Sie gaben ihrer Sorge vor dem Abgleiten in eine totalitäre Herrschaft Ausdruck. Sie sprachen von der neuerlichen Bedrohung der Freiheit und von der Zerstörung politischer und öffentlicher Strukturen, die zum Teil anarchistische Züge trage. Besonders entschieden wandten sich die Bischöfe gegen militante Gruppen, die gelegentlich den Staat ersetzen oder wenigstens seine Autorität bekämpfen möchten und damit

ein Klima persönlicher Unfreiheit und Einschüchterung verbreiteten. Sie beklagten den „willkürlichen Charakter“ zahlreicher Verhaftungen, die von politischen Gruppen unter unbegreiflicher Beihilfe gewisser militärischer Behörden erfolgten. Sie beklagten Rachegeleüste und Opportunismus und das Eindringen materialistischer und atheistischer Ideologien in die Schule und in die Massenmedien. Ebenso nachdrücklich wandten sie sich gegen den zunehmenden Verlust an echter Pressefreiheit: Unabhängige Blätter seien bereits Seltenheit geworden, und die wenigen noch existierenden würden unter dem Vorwand von Arbeitskonflikten gleichgeschaltet. Dies war ebenso ein Hinweis auf das unbefriedigende Taktieren der Militärs bei der Besetzung des Gebäudes der sozialistischen Zeitung „Republica“ durch kommunistische Arbeiter wie auf den praktisch seit der Aprilrevolution 1974 schwelenden Konflikt um den portugiesischen Rundfunksender Renascença, in den auch katholische Redakteure, die mit teilweise kommunistisch und anarchistisch orientierten Gruppen von Angestellten sympathisierten, verwickelt sind. Die Erklärung wurde fast genau auf den Tag veröffentlicht, an dem eine Gruppe von Katholiken vor dem erzbischöflichen Palais in Lissabon für die völlige Rückgabe des Senders an die Kirche als Eigentümerin demonstrierten. Die katholischen Demonstranten mußten, wie aus Meldungen aus der Tagespresse bekannt ist, vor massiven Angriffen extremistischer und anarchistischer Gruppen Schutz im bischöflichen Palais suchen. Interessant ist die Tatsache, daß die Stellungnahme der Bischöfe von allen demokratischen Parteien, von der Zentrumsparterie bis zu den Sozialisten, gutgeheißen wurde. Die Kommunisten bestätigten der Kirche zwar das Recht auf freie Verkündigung, machten aber zugleich auf die negative Rolle der Kirche unter dem Salazar-Regime aufmerksam. Die politisch zwischen Kommunisten und Linksextremisten maoistischer Prägung anzusiedelnden Sicherheitskräfte der portugiesischen Armee (Copcon) warfen laut NZZ (21./22. 6. 75) den katholischen Demonstranten vor, sie hätten „durch physische Konfrontation“ die Gegenaktion der Revolutionäre provoziert. Zu vermerken ist, daß die Erklärung wenige Wochen nach dem Besuch von Kardinal Ribeiro in Rom veröffentlicht wurde. Papst Paul VI. selbst hat sich kurz nach der Veröffentlichung der Erklärung der Bischöfe — in seiner Ansprache am Sonntag, den 22. Juni — ebenfalls zum erstenmal sehr besorgt über die Entwicklung in Portugal geäußert.

Ein Dokument über „die Befreiung des Menschen und das Heil Jesu Christi“ haben die französischen Bischöfe veröffentlicht (vgl. Le Monde, 14. 6. 75). Es ist das Ergebnis mehrmonatiger Beratungen in der Bischofskonferenz sowie einer Zusammenkunft von 118 französischen Bischöfen mit 54 Vertretern von Laienorganisationen, ebensoviel Priestern und Ordensleuten sowie sieben Theologen, im September vergangenen Jahres. Resonanz haben angesichts der nach mehreren Gewalttaten gespannten Situation in Frankreich vor allem die relativ kurzen, im engeren Sinn politischen Partien des mehr als 60 Seiten umfassenden Textes gefunden. Darin gehen die Bischöfe und ihre Berater davon aus, daß die Freiheit durch die Gewalt bedroht sei. Es sei vordringliche Aufgabe der Politik, die Gewalt — „das Übel in der Geschichte“ — durch die Verwirklichung von Gerechtigkeit zu eliminieren. Gleichzeitig konzediert das Dokument, daß Gegensätze von politischen, sozialen, geistigen und nationalen Interessen legitim seien, und warnt vor „sentimentalen“ Vorstellungen von Einheit, die um jeden Preis eine „Ideologie des Dialogs“ vertreten und sich aus den Auseinander-

setzungen heraushalten wollen. „Wer nicht an ihren Kämpfen teilnimmt, nimmt nicht an der Geschichte teil.“ In einem geschichtlichen Rückblick wird das tragische Mißverständnis bedauert, das lange Zeit Kirche und Freiheit in einem Gegensatz zueinander sah. Weil Gott zum Hüter alter Ordnungen gemacht wurde, habe sich der Kampf für die Befreiung des Menschen mit dem Atheismus verbunden. Die Kirche sei deshalb heute dazu aufgerufen, die legitimen Anliegen der neuzeitlichen Freiheitsbestrebungen mitzuvertreten und von da aus die Freiheit zur personalen Begegnung mit Gott offenzuhalten. Dadurch könne sie die Freiheitstheorien vor einer Ideologisierung bewahren, in der sie sich selbst „sakralisieren“ und absolut setzen. Ferner müsse die Kirche darauf bestehen, daß Freiheit nicht nur eine politische Größe sei. „Alles ist Politik, aber die Politik ist nicht der ganze Mensch.“ Eindeutig spricht sich das Dokument gegen jede Form des Totalitarismus von links oder rechts aus und plädiert für einen weiteren Ausbau der Demokratie („die wahre Demokratie ist erst noch zu erfinden“). Mit Nachdruck hält es am Pluralismus als „Doktrin und politische Haltung“ fest. Sozialistisch engagierten französischen Christen klingt das zu „neutralistisch“ (vgl. *Le Monde*, 14. 6. 75). Aber die Bischöfe betonen, daß es zwar ein sozialistisches Engagement in Kohärenz mit dem Glauben geben könne, daß man ihn aber wegen der „Transzendenz der evangelischen Botschaft“ nicht an eine Option für den Sozialismus binden dürfe. An konkreten politischen Forderungen nennt das Dokument u. a. die nach einer Veränderung der unerträglichen Situation der armen Völker und nach Mitbestimmung in staatlichen und privaten Unternehmen.

Die Diskussion über staatliche Zuwendungen für die katholischen Schulen der USA ist durch ein weiteres Urteil des Obersten Gerichts der Vereinigten Staaten erneut entfacht worden. Am 19. Mai erklärte das Gericht mit 6 gegen 3 Stimmen ein Gesetz des Staates Pennsylvania als verfassungswidrig, das besondere Hilfeleistungen und Dienste auch für private Schulen vorsah (vgl. *NCNS*, 19., 20., 21. 5. 75). Lediglich die Möglichkeit, daß der Staat Textbücher auch an private Schulen entleiht, wurde weiterhin erlaubt. Die leihweise Vergabe von Landkarten, Atlanten oder ähnlichen Hilfsmitteln für den

Unterricht dagegen wurde ebenso verboten wie die Einbeziehung der Kinder privater Schulen in die vom Staat gewährten Hilfeleistungen wie Beratung, Tests und psychologische Begutachtung, Sprach- und Gehörtherapie, Unterweisung und zusätzliche Betreuung von geistig und körperlich behinderten Kindern. Diese besonders von katholischer Seite als „Feindschaft gegen die Religion“, als „Bedrohung der freien Ausübung der Religion“ und „als große Ungerechtigkeit“ bezeichnete Entscheidung begründeten die 6 Richter damit, daß 75 % der nichtöffentlichen Schulen, die in den Genuß dieser besonderen Dienste kämen, kirchlich gebunden seien und somit das Gesetz den „verfassungswidrigen Primäreffekt einer Förderung der Religion“ habe. Dem Urteil zufolge dürfte es Pennsylvania schwerfallen, „zu gewährleisten, daß das Personal der öffentlichen Schulen, das diese Dienste leistet, nicht den religiösen Auftrag der kirchlichen Schulen fördert, in denen es seine Dienste anbringt“. Nach Meinung des Generalsekretärs der U. S. Catholic Conference, Bischof *James Rausch*, wird das Ergebnis dieses Urteils sein, daß „behinderte Kinder, die in Pennsylvania nichtöffentliche Schulen besuchen, Bürger zweiter Klasse werden“. Nach der ersten Erregung über den Spruch geht man nun kirchlicherseits wieder einmal an die Ausarbeitung einer neuen Strategie, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich im Rahmen dieses eng begrenzten Spielraumes noch für die katholischen Schulen ergeben. Besonders von den drei Richtern, die sich gegen die Entscheidung ausgesprochen haben, kamen bereits erste Hinweise, welches Vorgehen am günstigsten sein werde. Als erstes empfahlen sie (vgl. *NCNS*, 6. 6. 75), daß die Kirche nicht länger passiv bleiben sollte. Sie sollte vielmehr ihrerseits Testfälle armer und behinderter Schüler als Ausgangspunkt für Verfassungsklagen (Mißachtung der Bürgerrechte und des Rechts auf freie Religionsausübung) nehmen. Außerdem setzt man inzwischen auf die baldige Ablösung der beiden stärksten Gegner der Hilfe für private Schulen aus Altersgründen. Weitere Möglichkeiten, das derzeitige Dilemma zu umgehen, wären die Einrichtung mobiler Hilfsdienste oder die Inanspruchnahme in Räumen der öffentlichen Schulen und schließlich die Verlagerung der therapeutischen Maßnahmen vom Erziehungsbereich in den Gesundheitssektor.

Bücher

KLAUS HEMMERLE, *Theologie als Nachfolge. Bonaventura — ein Weg für heute.* Herder, Freiburg - Basel - Wien 1975. 192 S. 25.— DM.

Der Nachfolger von Bernhard Welte auf dessen Freiburger Lehrstuhl für Fundamentaltheologie legt mit diesem Buch den Ertrag seiner Bonaventura-Vorlesung im 700. Todesjahr des großen Antipoden von Thomas von Aquin vor. Es geht ihm dabei nicht um eine historische Beschäftigung (bei aller profunden historischen Kenntnis) mit Bonaventura, den er die „theologische Konsequenz des Franziskus“ nennt, sondern um

den Nachvollzug bonaventurianischen Denkens und seine Applikation auf die heutige Situation von Glaube und Theologie in einem. Sehr prägnant wird als Kennzeichen dieser Situation beschrieben, daß das Christliche im „Kreuzfeuer zweier einander widerstrebender Postulate“ steht: es soll sich als das Eigenständige und Andere gegenüber den Plausibilitäten unserer Erfahrungswelt zeigen, soll sich aber andererseits an den Maximen dieser Erfahrungswelt verifizieren lassen. Aus diesem Dilemma und einer Reihe von innertheologischen Problemen führt nach Hemmerle ein an Bonaventura sich orientierendes Verständnis der Theologie als „reflektierte Nachfolge“ heraus,